

Besser streiten:

*Umgang mit kommunalen Konflikten –
Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern*

Herausgegeben von der
Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern
und dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern



*Besser streiten:
Umgang mit kommunalen Konflikten –
Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern*

Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern
und dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern



Impressum

Besser streiten: Umgang mit kommunalen Konflikten – Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern

Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern
und dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern

Redaktion: Dr. Eckart Schörle

Gestaltung: Heike Sählbrandt

Druck: DruckWerk 14 GmbH

Schwerin 2025

ISBN: 978-3-948624-20-0

Diese Publikation wurde gefördert aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und kofinanziert von der Europäischen Union. Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern /

Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz

Jägerweg 2

19053 Schwerin

www.lpb-mv.de



Inhalt

Grußwort der Landeszentrale für politische Bildung	7
Grußwort des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern	9
Für eine demokratische Konfliktkultur in Mecklenburg-Vorpommern: Das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“	13
<i>Ute Neumann</i>	
Starke Kommunen – starke Demokratie: Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg- Vorpommern als Partner für Resilienz vor Ort	19
<i>Andreas Wellmann</i>	
Wie finden wir wieder zu einem konstruktiven Miteinander? Kommunale Konfliktberatung in Boizenburg/Elbe	25
<i>Johannes Blatt und Marike Blunck</i>	
Sektorübergreifende Zusammenarbeit zum Schutz der Zivilgesellschaft – Kommunale Schutzkonzepte in der Region Rostock	31
<i>Phillip Koller</i>	
Gemeinsam Demokratie gestalten – Konflikte lokal bearbeiten. Das Projekt „Kommunales Konfliktmanagement“	37
<i>Julia Rettig und Elisabeth Pohlgeers</i>	
Was tun bei Anfeindungen und Hass gegen Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik? – Erkenntnisse aus drei Jahren Projektarbeit	43
<i>Jenni Winterhagen und Leon Godeffroy</i>	
Konfliktfeld Rechtsextremismus in der Kommunalpolitik – Entwicklungen und Handlungsstrategien aus der Perspektive der Regionalzentren für demokratische Kultur	49
<i>Stefan Kollasch</i>	

Ausgewählte Beratungsangebote in Mecklenburg-Vorpommern	55
Auswahl bundesweiter Unterstützungsangebote	58
Autorinnen und Autoren	63

Grußwort der Landeszentrale für politische Bildung

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Demokratie lebt von der Vielfalt der Stimmen und Perspektiven in der Gesellschaft. Wo es langgeht, bestimmt nicht eine Person, vielmehr werden Entscheidungen auf unterschiedlichen Ebenen ausgehandelt. In einer pluralen Gesellschaft gibt es unterschiedliche Interessen, Perspektiven und Vorstellungen, Streit ist daher ein wesentlicher und normaler Bestandteil der politischen Aushandlungsprozesse. Genauso gehört dazu aber auch die Bereitschaft zum Kompromiss und zur gemeinsamen Verständigung auf konstruktive Lösungen.

Wie wir die demokratische Kultur der Meinungsvielfalt und offenen Diskussion über politische Konzepte stärken können, dazu geben die folgenden Beiträge wertvolle Impulse und Anregungen. Die demokratische Kultur beinhaltet eine Verständigung über Regeln des respektvollen Umgangs miteinander und der gute Streit erfordert vor allem gute Argumente sowie die Fähigkeit zum Zuhören. Die kommunale Selbstverwaltung mit ihren Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten ist ein Fundament unserer Demokratie. Hier wird um die besten Wege zur Weiterentwicklung des Gemeinwesens gerungen, auch in Zeiten globaler Veränderungen und Herausforderungen.

Hass und Hetze – in den sogenannten sozialen Medien wie auch im direkten Umgang – haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich Menschen aus der Politik zurückgezogen haben. Das sollte ein Alarmsignal sein, denn wenn sich Menschen nicht mehr in den öffentlichen Diskurs und die Debatte einbringen, ist auch die Demokratie insgesamt in Gefahr. Der Schutz vor Bedrohungen und Anfeindungen sollte daher ein zentrales und selbstverständliches gesellschaftliches Anliegen sein. Das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ und die Regionalzentren für demokratische Kultur bieten dafür seit vielen Jahren ein stabiles Unterstützungssystem und ein vielfältiges

Beratungsangebot. Dazu gehören auch starke Netzwerke wie das landesweite Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz sowie regionale Netzwerke und Bündnisse.

Diese Publikation, welche die Landeszentrale für politische Bildung mit dem Städte- und Gemeindegtag herausgibt, steht beispielhaft für eine Reihe gelungener Kooperationen und gemeinsamer Veranstaltungen, die wir auch in Zukunft fortsetzen und ausbauen wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Schmidt

Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern

Grußwort des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist mir eine besondere Ehre, an dieser wertvollen Broschüre mitwirken zu können, die sich einem Thema widmet, das mir und dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V. besonders am Herzen liegt: Der Sicherstellung und der Stärkung unserer Demokratie vor Ort.

Die Beiträge in dieser Publikation zeigen eindrucklich, wie lebendig und zugleich herausfordernd diese wichtige Aufgabe ist. Im unmittelbaren Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger, also direkt in unseren Städten und Gemeinden, entscheidet sich Tag für Tag, wie stark und resilient unsere Gesellschaft ist. Demokratie ist eben kein fernes Ideal, sondern die unerlässliche Grundlage für ein funktionierendes Miteinander, für Teilhabe und für die konstruktive Lösung von Konflikten.

Als Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V. sehen wir es als unsere zentrale Aufgabe an, unsere Mitgliedskommunen in ihrer Rolle als Gestalterinnen eines demokratischen Gemeinwesens zu unterstützen. Gerade in Zeiten, in denen gesellschaftliche Polarisierungen zunehmen und Anfeindungen gegenüber engagierten Bürgerinnen und Bürgern leider keine Seltenheit mehr sind, müssen wir unsere Anstrengungen intensivieren. Mit Initiativen wie unserer Resolution „Respekt in der kommunalen Familie“ und der Kampagne „Gemeinsam für mehr Fairness und Respekt in der Kommunalpolitik“ haben wir uns bereits frühzeitig klar positioniert. Der erfolgreiche erste Bürgermeisterfachtag „Starke Demokratie vor Ort“, den wir gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern ausgerichtet haben, war ein weiterer wichtiger Schritt.

Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle die unverzichtbare Rolle des kommunalen Ehrenamtes und des kommunalpolitischen Engagements. Die Frauen und Männer, die sich dem Grundsatz verpflichtet sehen und sich in unseren Stadt- und Gemeinderäten, in Vereinen und Initiativen uner-

müde einbringen, sind das Herzstück unserer lokalen Demokratie. Ihr Einsatz, oft im Stillen, ist von unschätzbarem Wert für den Zusammenhalt und die positive Entwicklung unserer Heimat. Sie geben unserer Demokratie ihr Gesicht, setzen sich ein und machen sich damit auch angreifbar. Da braucht es den Schutz unseres Staates und auch unserer Gesellschaft, für die sich diese Menschen einsetzen. Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V. wird seinen Beitrag zur Stärkung der kommunalen Demokratie auch in Zukunft mit aller Kraft leisten. Wir sind fest davon überzeugt: Je stärker unsere Kommunen, je lebendiger das Ehrenamt und je ausgeprägter das kommunalpolitische Engagement ist, desto resilienter wird unsere gesamte Gesellschaft gegenüber allen antidemokratischen Tendenzen sein. Und die Gesellschaft muss vor Ort zusammenstehen und das Ehrenamt auch unterstützen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und hoffe, dass diese Publikation dazu beiträgt, unsere gemeinsame Arbeit für eine starke und lebendige Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern fortzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Beyer

Bürgermeister Hansestadt Wismar

Vorsitzender des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern

Landesprogramm
DEMOKRATIE
&
TOLERANZ
gemeinsam stärken!

Die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz ist angesiedelt in der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und für die Gesamtkoordinierung und Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ sowie die Ausgestaltung einer nachhaltigen Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur auf Landesebene zuständig. Sie koordiniert die Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sowie das landesweite Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz.

Für eine demokratische Konfliktkultur in Mecklenburg-Vorpommern: Das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“

Ute Neumann

Wie kann das demokratische Gemeinwesen gestärkt und die Resilienz gegen extremistische und demokratiefeindliche Bestrebungen erhöht werden? Das sind zentrale Fragen, auf die das 2006 vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern beschlossene und seitdem kontinuierlich weiterentwickelte Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ mit entsprechenden Angeboten und Ansätzen reagiert. Koordiniert wird das ressortübergreifend angelegte Landesprogramm von der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz, die seit 2012 zur Landeszentrale für politische Bildung gehört.

Zentrale Säule ist das landesweite Beratungsnetzwerk für Demokratie und Toleranz, in dem staatliche und nichtstaatliche Akteure zusammenarbeiten. Hier sind neben den Regionalzentren auch weitere Beratungsstellen wie die Opferberatungsstelle für Betroffene rechter Gewalt, das Betriebliche Beratungsteam oder die Antidiskriminierungsberatungsstellen vertreten. Die Angebote werden unter anderem über den Europäischen Sozialfonds Plus und das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanziert und können von Personen, Kommunen, Institutionen und Betrieben kostenfrei genutzt werden. Insbesondere die fünf Regionalzentren für demokratische Kultur sind wichtige Knotenpunkte und Anlaufstellen im Bereich der Demokratiestärkung in der Region.

Die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz koordiniert in Mecklenburg-Vorpommern auch die unterschiedlichen Bundesprogramme im Themenfeld, wie das beim Bundesinnenministerium angesiedelte Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und das vom Bundesfamilien-

ministerium verantwortete Programm „Demokratie leben!“, zu dem auch 24 in Mecklenburg-Vorpommern aktive Partnerschaften für Demokratie gehören, die bei den jeweiligen Gebietskörperschaften angesiedelt sind. Im engen Zusammenwirken von kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft setzen sich die lokalen Partnerschaften für die Stärkung einer lebendigen und vielfältigen Demokratie vor Ort ein und unterstützen mithilfe der Bundesförderung bei der Entwicklung und Umsetzung von Handlungskonzepten zur Förderung von Demokratie und Vielfalt und gegen Extremismus.

Netzwerk Kommunale Beratung

In den letzten Jahren kamen auf Bundesebene Angebote unterschiedlicher Akteure und Programme hinzu, die sich dem Thema kommunaler Konflikte und deren Bearbeitung widmeten. Die Beobachtung, dass zum Teil stark emotionalisierte Debatten oder Spaltungsversuche der „Polarisierungsunternehmer“ – um eine Formulierung des Soziologen Steffen Mau aufzugreifen – die Erarbeitung von demokratischen Kompromissen und Lösungen erschwerten, führte zur Entwicklung neuer Unterstützungsangebote. Um die Aktivitäten der unterschiedlichen Akteure in Mecklenburg-Vorpommern zu koordinieren und Bedarfe zu ermitteln, lud die Landeskoordinierungsstelle zu einem Netzwerk Kommunale Beratung ein, in das auch die Regionalzentren für demokratische Kultur, der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern und der Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern einbezogen wurden.

In der Folge wurden in verschiedenen Kommunen und Landkreisen Projekte und Beratungsprozesse zur Konfliktbearbeitung umgesetzt. Dazu gehörten die Angebote der Kommunalen Konfliktberatung von Pro Peace (ehemals forumZFD), das Projekt „Zivilgesellschaft stärken und schützen“ von Aktion Zivilcourage, das Kommunale Konfliktmanagement (KoKoMa) der Stiftung SPI und das Projekt „Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass“ (KommA) der IMAP GmbH. Die intensiven und langfristigen Beratungsprozesse stellten eine hilfreiche Ergänzung der bestehenden Unterstützungsangebote der Regionalzentren für demokratische Kultur dar, die mit ihren Ressourcen aufgrund der großen Einzugsgebiete und der hohen Anzahl an Beratungsnachfragen aus Kommunen, Schulen, Vereinen und vielen anderen Akteuren häufig an ihre kapazitären Grenzen stoßen.

Damit auch andere Kommunen und Landkreise von den Erfahrungen und Ergebnissen dieser Projekte profitieren können, hat sich die Landeskoordinierungsstelle entschieden, Einblicke in diese Beratungsprozesse zu geben, die Erfahrungen gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindetag zu ver-

öffentlichen und einem breiteren Publikum zur Verfügung zu stellen. Die Berichte enthalten Hinweise auf weiterführende Literatur, im Anhang sind zentrale Beratungs- und Unterstützungsangebote aufgeführt.

Weiterbildung und Qualifikation

In der Wahrnehmung haben Konflikte in Kommunen zugenommen. Die Themen sind vielfältig und reichen vom Umgang mit Windparks über den Bau von Unterkünften für Geflüchtete bis zur Einrichtung von Flüssiggasterminals. Nicht selten überlagern sich dabei unterschiedliche politische Entscheidungsebenen von Kommune, Land und Bund, was sachliche Debatten manchmal erschwert. Gerade in emotional aufgeladenen Debatten wünschen sich viele Kommunen Unterstützung und Beratung, beispielsweise bei der Planung und Moderation einer Bürgerversammlung oder bei der transparenten Kommunikation über Entscheidungsprozesse.

Eine gute Vorbereitung und Moderation kann Konflikte nicht lösen, aber doch deren Bearbeitung erleichtern. Die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz hat daher 2024 zusammen mit Aktion Zivilcourage zwei modulare Weiterbildungen zur Moderation kommunaler Konflikt- und Krisensituationen umgesetzt, an der unterschiedliche Menschen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft teilgenommen haben. Ziel war es, dass mehr Menschen über Kompetenzen für die Moderation von konflikthaften Veranstaltungen verfügen und diese vor Ort und in ihren Strukturen einsetzen können. Außerdem hat sich ein Pool von Moderatorinnen und Moderatoren gebildet, die über die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz angefragt werden können.

Andere Träger haben ebenfalls Fortbildungen angeboten. Die Vereinigung Pestalozzi aus Hamburg hat 2024 und 2025 im Rahmen des Modellprojekts „Kommunale Fachberatung: Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ die Fortbildung „Kommunal. Innovativ. Präventiv“ angeboten. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt mit Sitz in Neustrelitz hat 2025 die Online-Seminarreihe „Aus der Praxis für die Praxis“ angeboten, die sich an engagierte Akteure vor Ort richtet. Der Hamburger Verein Starke Demokratie e.V. bietet präventive Workshops insbesondere für jene Menschen an, die sich ehrenamtlich kommunalpolitisch engagieren, um sie im Umgang mit Hass und Gewalt in Amt und Mandat zu unterstützen. 2024 hat der Verein eine Koordinierungsstelle in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet.

Die erwähnten Angebote waren zum Teil zeitlich befristete Projekte, viele der Träger bieten aber auch weiterhin Unterstützungsangebote, Beratung oder Fortbildungen an. In der neuen Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ab 2025 hat sich außerdem der Kooperationsverbund Demokratische Konfliktbearbeitung gebildet, der die Expertise von sieben unterschiedlichen Trägern in einer bundeszentralen Infrastruktur bündeln und weiterentwickeln soll. Nähere Angaben dazu finden sich im Anhang.

„Besser streiten“ lautet der Titel, den wir für diese Publikation gewählt haben. Streit gehört zu einer lebendigen demokratischen Gesellschaft, die unterschiedliche Interessen aushandelt und in der Abwägung verschiedener Perspektiven und Ansätze Kompromisse und Lösungen sucht, dazu. Wie dieser Prozess des konstruktiven Streitens gut gestaltet, moderiert und begleitet werden kann, dazu sollen die folgenden Beiträge Anregungen geben.

Zum Weiterlesen



Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“





Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern ist der kommunale Spitzenverband der Städte, Gemeinden und Ämter in Mecklenburg-Vorpommern. Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber dem Land, dem Bund und der EU und berät die Landesregierung in Gesetzesvorhaben, die die Kommunen betreffen. Wesentliche Ziele sind die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen. Der Verband bietet seinen Mitgliedern zudem juristische und betriebswirtschaftliche Beratung, veranstaltet Fachtagungen und Seminare und fördert den Erfahrungsaustausch.

Starke Kommunen – starke Demokratie: Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern als Partner für Resilienz vor Ort

Andreas Wellmann

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land vielfältiger Städte und Gemeinden, die das Rückgrat unserer Demokratie bilden. Hier, im unmittelbaren Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger, entscheidet sich täglich, wie lebendig und resilient unsere Gesellschaft ist. Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V. sieht es als seine zentrale Aufgabe an, die Kommunen in ihrer Rolle als Gestalterinnen eines demokratischen Miteinanders zu stärken und sie bei den zunehmenden Herausforderungen zu unterstützen.

Demokratie ist kein abstraktes Konstrukt, sondern die Grundlage für die erfolgreiche Gestaltung von Stadt- und Gemeindeleben. Sie ermöglicht Teilhabe, fördert den Dialog und schafft die Basis für gemeinsame Entscheidungen, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden. Eine funktionierende Demokratie vor Ort bedeutet ein lebendiges Gemeinwesen, in dem sich Bürgerinnen und Bürger engagieren, unterschiedliche Meinungen gehört werden und Konflikte konstruktiv gelöst werden können. Wo demokratische Prinzipien verankert sind, da gedeihen Offenheit, Toleranz und der Zusammenhalt der Gemeinschaft.

In den letzten Jahren hat der Städte- und Gemeindetag seine Aktivitäten im Bereich der Demokratiestärkung vor Ort für ein faires und sachliches Miteinander in den Stadt- und Gemeinderäten zum Wohle einer zukunftsorientierten Gesellschaftsgestaltung anlassbezogen intensivieren müssen. Wir sind uns bewusst, dass unsere Mitglieder angesichts gesellschaftlicher Polarisierungen und zunehmender Herausforderungen in der Konfliktbewältigung nicht allein gelassen werden dürfen.

Der Städte- und Gemeindetag hatte bereits im August 2022 die vom Landesausschuss beschlossene Resolution „Respekt in der kommunalen Familie“ erarbeitet und mit einer entsprechenden Kampagne untersetzt. Sie ist eine Handreichung und Hilfestellung für respektvolle Leitlinien, die vor Ort herangezogen werden können, um wieder die Sacharbeit, die die kommunale Selbstverwaltung prägt, wieder in den Fokus zu nehmen. Gleichzeitig startete die Kampagne „Gemeinsam für mehr Fairness und Respekt in der Kommunalpolitik“ mit Foto- und Videoaktionen der Vorstands- und Landesausschussmitglieder der Städte- und Gemeindetages, die deutlich machen sollte, dass Demokratie zwar viel aushält, aber leider kein Selbstläufer ist.

Die Herausforderungen sind in den vergangenen Jahren gewachsen. Es kamen viele geflüchtete Menschen ins Land. Sie wurden den Gemeinden zugewiesen und das erfolgte teilweise mittels schlechter Kommunikation der zuweisenden Stellen. Aber die Themen sind austauschbar – zu erwähnen sind hier auch andere Beispiele wie Windenergie, Trassenplanungen oder etwa Kiesabbau. Vor Ort bleibt mangels eigener Entscheidungsbefugnisse oft nur noch, die Bürgerinnen und Bürger von der Notwendigkeit zu überzeugen und manchmal auch nur, vor vollendete Tatsachen zu stellen und das mittels Bürgerdialogen, Bürgerforen beziehungsweise Einwohnerversammlungen zu erläutern. So funktioniert Kommunalpolitik als Blitzableiter für andere Ebenen der Landes- und Bundespolitik. Nur kann sich die Kommunalpolitikerin und der Kommunalpolitiker eben nicht in einen Dienstwagen mit Personenschutz setzen, denn es ist der Ort, an dem man lebt und die Menschen kennen „DICH“. Schnell wurde deutlich, dass unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor Ort Unterstützung benötigen, um in emotionalisierten Veranstaltungsdebatten klar, sachlich und lösungsorientiert argumentieren zu können. Denn die Presse vor Ort verliert immer mehr Relevanz und Qualität, soziale Medien drängen sich in den Vordergrund und es stellt sich die Frage, wie erreicht man die Menschen in der Gemeinde, wenn man als Kommune etwas zu sagen oder zu erklären hat. Das wurde gerade in der Debatte um die Unterbringung von Flüchtlingen und bei der Windkraft sehr deutlich. Ende 2023 wurde daher die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern ausgebaut und nach Unterstützungsprojekten beziehungsweise -formaten gesucht. Es fanden Gespräche auf Ebene der Kreisvorsitzenden des Verbandes mit dem Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz statt und Hilfestellungen konnten so recht schnell gefunden werden. Die wichtigen Erkenntnisse sollten jedoch noch breiter gestreut werden. Somit entstand die Idee einer gemeinsamen Veranstaltung und es fand auf Einladung des Städte- und Gemeindetages und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern am 26. Februar 2025 der erste Bürgermeisterfachtag „Starke Demokratie vor Ort“ in Schwerin statt.

Teilgenommen haben haupt- und ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Demokratieförderprojekte. Ziel der Veranstaltung war es, in Zeiten zunehmender Anfeindungen – ob in kommunaler Gremienarbeit oder im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern – Kommunikationsformen für die Vermittlung von Informationen sowie den Umgang mit Sorgen und Ängsten vor Ort aufzuzeigen und letztlich Handlungserfordernisse und Optionen an das Land zu adressieren, damit Demokratie vor Ort gestärkt wird beziehungsweise stark bleibt.

Die Erfahrungen, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Land hierzu gemacht haben und machen mussten, waren von Respekt weit entfernt, sie wurden zur Zielscheibe von Ängsten und Sorgen. Daraus erwuchs der dringende Handlungsbedarf und die Bitte an die Geschäftsstelle, gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung ein Format zu finden, in dem man sich austauschen kann. Die Teilnehmenden schilderten die Problemlagen und Herausforderungen der täglichen Arbeit vor Ort. Neben vielen Schwierigkeiten gibt es aber auch positive Beispiele wie in der Stadt Goldberg, wo ein intensiver Bürgerbeteiligungsprozess letztendlich zu einem stärken Wir-Gefühl vor Ort geführt hat. Der Bürgermeisterfachtag „Starke Demokratie vor Ort“ war eine gelungene Veranstaltung, die Raum zum Austausch, zum Diskurs und zum Vernetzten geboten hat. Für den Städte- und Gemeindegtag war dies ein Auftakt, weitere Veranstaltungen und Formate werden folgen.

Anschließend an den ersten Bürgermeisterfachtag im Februar 2025 konnten einzelne Unterstützungsangebote für Kommunen im Rahmen der 25. Bürgermeisterwoche in Binz intensiver behandelt werden. So stellte Dr. Eckart Schörle von der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ vor. Wie man rechtsextreme Strategien erkennt und eigene Möglichkeiten zur Mitarbeit in der demokratischen Gesellschaft entdecken und umsetzen kann, erläuterte Dr. Christian Ulbricht vom Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald (CJD Nord). Ulrike Maschner berichtete aus der Arbeit der landesweiten Opfer- und Betroffenenberatungsstelle LOBBI und ging in ihrem Vortrag insbesondere auf notwendige Schritte ein, sollte man von rechtsextremistischen Übergriffen betroffen sein. Die Ursache von Konflikten als normale Begleiterscheinung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse erkennen und den Umgang meistern – diesem Thema gingen Nadja Gilbert und Hauke Steg von Pro Peace anschließend ausführlich nach. Der zweite Bürgermeisterfachtag fand am 29. Oktober 2025 statt.

Die Wichtigkeit und Bedeutung des kommunalen Ehrenamtes kann in diesem Zusammenhang nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es sind die vielen ehrenamtlich Engagierten – in Gemeindevertretungen, Ausschüssen, Vereinen und Initiativen –, die unsere Kommunen lebendig und funktionsfähig

machen. Ihr unermüdlicher Einsatz, ihre Sachkenntnis und ihr bürgerschaftliches Engagement sind der Nährboden, auf dem unser Miteinander sowie letztlich unsere Demokratie wächst und gedeiht. Sie sind diejenigen, die sich um die Belange ihrer Mitmenschen kümmern, Ideen einbringen, Diskussionen anstoßen und oft im Stillen unschätzbare Arbeit leisten.

Ebenso unerlässlich ist das kommunalpolitische Engagement als Ganzes. Die Frauen und Männer, die sich in den Stadt- und Gemeinderäten für ihre Stadt, ihre Gemeinde einsetzen, tragen eine enorme Verantwortung. Sie treffen Entscheidungen, die das tägliche Leben der Menschen direkt beeinflussen und gestalten die Zukunft ihrer Kommunen. Ihr wertvoller Beitrag für die Gesellschaft und die wichtigen Aufgaben, die sie wahrnehmen, bilden das Fundament unserer lokalen Selbstverwaltung. Ohne diesen Einsatz wäre eine bürgernahe und bedarfsgerechte Politik undenkbar.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch die herausragende Bedeutung und Wichtigkeit der Initiativen „Stark im Amt“ und „Starke Stelle“ hervorheben. Angesichts zunehmender Anfeindungen, Bedrohungen und sogar tätlicher Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind diese Angebote eine unverzichtbare Säule der Unterstützung. Sie bieten direkte und unmittelbare Hilfe für alle, die sich in ihrem kommunalpolitischen Engagement Bedrohungen ausgesetzt sehen. Ob es um rechtliche Beratung, psychologische Unterstützung oder praktische Handlungsempfehlungen im Umgang mit Hass und Hetze geht – „Stark im Amt“ und „Starke Stelle“ stehen als verlässliche Partner an der Seite derer, die für unsere Demokratie eintreten. Ihre Arbeit ist von unschätzbarem Wert, um die Handlungsfähigkeit der Kommunalpolitik zu gewährleisten und sicherzustellen, dass sich engagierte Bürgerinnen und Bürger nicht einschüchtern lassen, sondern weiterhin mutig und unbeirrt ihre wichtigen Aufgaben zum Wohle der Gesellschaft wahrnehmen können. Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern begrüßt und unterstützt diese Initiativen nachdrücklich als essenziellen Bestandteil einer wehrhaften Demokratie vor Ort. Aber Demokratie muss auch wehrhaft sein. Und die Verantwortung haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes mit in die kommunale Selbstverwaltung gelegt, denn genau hier sollte zentralstaatlichen Bestrebungen die Grenze aufgezeigt werden, um die Verfassung des Staates zu sichern. Das ist die klare Botschaft der Mütter und Väter des Grundgesetzes, um das zu verhindern, was schon einmal seinen Ausgang von deutschem Boden fand. Darum muss dieser Staat auf dieser bürgernahen Ebene auch stark sein.

Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern wird sich auch weiterhin mit aller Kraft für die Stärkung der kommunalen Demokratie einsetzen. Wir sind überzeugt: Je stärker unsere Kommunen, je lebendiger das Ehrenamt und je ausgeprägter das kommunalpolitische Engagement, desto resilienter ist unsere gesamte Gesellschaft gegenüber antidemokratischen Tendenzen. Gemeinsam

mit unseren Mitgliedern, der Landeszentrale für politische Bildung und weiteren Partnern arbeiten wir daran, Mecklenburg-Vorpommern zu einem Land zu machen, in dem Vielfalt, Toleranz und demokratische Werte fest verankert sind – für eine starke Zukunft in unseren Städten und Gemeinden.



Seit 1996 leistet Pro Peace (ehemals forumZFD) Friedensarbeit – aktuell in 13 Ländern. Im Mittelpunkt des Wirkens stehen Akteure, die sich in Konflikten für Frieden und Gewaltfreiheit einsetzen. Seit 2009 bringt Pro Peace seine Expertise aus der internationalen Konfliktarbeit im Rahmen des Programms Kommune & Konflikt auch in Deutschland ein. Die Akademie für Konflikttransformation bietet professionelle Weiterbildungen und Trainings in der Friedensarbeit an. Die Fortbildung „Konflikte verstehen, Potenziale nutzen“ richtet sich explizit an Menschen, die in Kommunen in Deutschland arbeiten oder sich dort engagieren.

Wie finden wir wieder zu einem konstruktiven Miteinander? Kommunale Konfliktberatung in Boizenburg/Elbe

Johannes Blatt und Marike Blunck

Mit der Kommunalen Konfliktberatung unterstützt Pro Peace (vormals forumZFD) seit 2009 Städte und Gemeinden in Deutschland im Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten. Als „Konflikt“ werden dabei verschiedene Arten von Spannungen, Herausforderungen und Probleme des Zusammenlebens verstanden. Ein Problem als Konflikt zu verstehen, ermöglicht es, eine systemische Betrachtung komplexer Konfliktodynamiken vorzunehmen und offensichtliche wie auch verborgene Konfliktfaktoren zu erfassen. Kommunale Konfliktberatung unterstützt da, wo bestehende Problemlösungsfähigkeiten an ihre Grenzen stoßen. Sie begleitet lokale Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung dabei, die komplexe Gemengelage lokaler Herausforderungen und Konflikte zu entwirren, die Bedürfnisse verschiedener Interessengruppen herauszuarbeiten und nachhaltige Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Der hier geschilderte Beratungsprozess in Boizenburg wurde im Rahmen des Projektes „Kommunen im Fokus: Konflikte nutzen – Integration gestalten“ (Laufzeit: März 2023 bis Februar 2026) durchgeführt. Das Projekt wird durch den Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds (AMIF) der Europäischen Union sowie die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen kofinanziert. In Mecklenburg-Vorpommern wurde von 2015 bis 2020 bereits ein Beratungsprozess in Ludwigslust durchgeführt, welcher ebenfalls durch den Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds der Europäischen Union kofinanziert wurde.

Konfliktberatung in Boizenburg: verhärtete Fronten in der Kommunalpolitik

Als westlichste Stadt Mecklenburgs liegt die Kleinstadt Boizenburg/Elbe an der Landesgrenze zu Niedersachsen und Schleswig-Holstein und gehört zur Metropolregion Hamburg. Die Entwicklungsvoraussetzungen der Stadt und die Lebensbedingungen der meisten Menschen sind hier vergleichsweise günstig. Doch auch in Boizenburg gibt es wachsende Herausforderungen: u.a. die enge kommunale Kassenlage, steigende Immobilienpreise oder Spannungen im Miteinander von Alteingesessenen und Zugezogenen. Auch die politische Polarisierung der Gesellschaft ist in Boizenburg zunehmend spürbar – und schlägt sich in der Kommunalpolitik nieder.

Bei den Kommunalwahlen im Juni 2024 hatte die CDU das stärkste Ergebnis erhalten und stellte die größte Fraktion in der Stadtvertretung (7 Sitze). Weitere Fraktionen stellten die lokale Gruppierung Bürger für Boizenburg (BfB, 4), die SPD (4) und Die Linke (3 Sitze). Je ein Sitz fiel an die AfD, die zwar die zweitmeisten Wählerstimmen erhalten, aber nur eine Kandidatin auf ihrer Liste hatte, an Die Heimat (ehemals NPD) sowie an eine Einzelbewerberin.

Der erstmalige Einzug der AfD in die Stadtvertretung führte zu verstärkten und teilweise heftigen Diskussionen zwischen der CDU auf der einen sowie BfB, SPD und Linken auf der anderen Seite über den angemessenen Umgang mit diesem kommunalpolitisch neuen Akteur. Bei der Wahl des Vorsitzenden der Stadtvertretung spitzte sich die Situation zu. Die Tendenz zur Blockbildung verstärkte sich. Zwischen den beiden Blöcken verhärteten sich die Fronten. Zwischen der CDU und den anderen drei Fraktionen ging viel Vertrauen verloren. Es wuchs die Sorge, dass dies die langfristige Zusammenarbeit an Sachthemen torpedieren könnte. Die teilweise öffentlich ausgetragene Auseinandersetzung über die „Brandmauer“ zur AfD verschärfte die Konfliktodynamik dabei massiv.

In dieser Situation setzte – ergänzend zu den Maßnahmen verschiedener kommunalpolitischer Akteure zur Entschärfung des Konflikts – die Konfliktberatung von Pro Peace ein. Aufgrund der großen Offenheit seitens der Stadt und aller beteiligter Akteure konnten zügig Gespräche aufgenommen werden. Das Beratungsteam von Pro Peace führte zunächst 20 vertiefte Einzelgespräche vor Ort mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik, der Verwaltung und der breiteren Stadtgesellschaft sowie fokussierte Reflexionsgespräche mit Schlüsselakteuren. Ziel der Gespräche war es zum einen, die Situation der Kommune und insbesondere die aktuelle kommunalpolitische Konfliktodynamik aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und zu verstehen. Zum anderen stellten die Inter-

views den Gesprächspartnerinnen und -partnern Reflexionsräume zur Verfügung, in denen diese ihre eigenen Anliegen und ihre Rolle im Konfliktgeschehen klären und dabei ihren eigenen Blick weiten konnten.

Auf Grundlage dieser Einzelgespräche erstellte das Beratungsteam eine Systemische Situations- und Konfliktanalyse – eine Darstellung der Konfliktodynamik, die Schuldzuweisungen vermeidet und stattdessen die Sichtweisen und legitimen Interessen aller Konfliktparteien widerspiegelt. Diese Konfliktanalyse wurde den beteiligten Schlüsselakteuren vorgestellt. Dabei ging es darum, bei allen Beteiligten die Bewusstheit über die Konfliktsituation, das eigene Handeln darin und seine (potenziellen) Auswirkungen zu schärfen – und darüber miteinander ins Gespräch zu kommen. Das Verständnis für die andere Seite wuchs. Der Austausch gab Impulse für eine Rückkehr zur gemeinsamen Arbeit an kommunalpolitischen Sachthemen. Im Nachgang konnten die Parteien weitere Neubesetzungen von Ausschüssen einvernehmlich regeln.

In Boizenburg waren sich die kommunalpolitischen Schlüsselakteure der wesentlichen Konfliktodynamiken und der Risiken einer weiteren Eskalation bewusst. Sie führten bereits Gespräche, um nach Wegen zurück zu einem kooperativen Miteinander zwischen den Fraktionen zu suchen. Der Bürgermeister übernahm dabei eine vermittelnde Funktion. Darauf konnte Pro Peace mit seiner Konfliktberatung aufbauen. Die Rolle des Beratungsteams bestand darin, in einer entscheidenden Phase der Konflikteskalation den Prozess des Verstehens, des Perspektivwechsels, des Vertrauensaufbaus und der allmählichen Wiederherstellung einer gedeihlichen Zusammenarbeit durch punktuelle Intervention von außen zu unterstützen.

Erfahrungswerte aus Boizenburg: Qualitätsmerkmale für die Kommunale Konfliktberatung



1. Eine **externe Begleitung** im Konflikt wird von lokalen Akteuren durchaus als Unterstützung und Mehrwert wahrgenommen. Allerdings stoßen externe Beraterinnen und Berater bei vielen Menschen im kommunalen Kontext nachvollziehbarer Weise zunächst auf Skepsis. Sie müssen sich das Vertrauen der handelnden Personen vor Ort erst erarbeiten. Wenn die Beraterinnen und Berater als wirklich unabhängig wahrgenommen werden, allen am Konflikt Beteiligten gleichermaßen zugewandt gegenüberreten, wenn sie verbindlich auftreten und die ihnen anvertrauten persön-

lichen Informationen und Interpretationen verlässlich mit Diskretion behandeln, entsteht eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, die Veränderungen vor Ort bewirken kann.

2. Eine **allparteiliche Haltung** ist eine notwendige Bedingung, wenn es in der Konfliktberatung darum gehen soll, die Konfliktdynamik zu deeskalieren. Am Konfliktgeschehen Beteiligte lassen sich nur dann auf andere Perspektiven und auf deeskalierende Handlungsschritte ein, wenn sie mit ihren eigenen legitimen Interessen, Bedürfnissen und Gefühlen anerkannt werden. In der Regel haben alle Konfliktparteien gute Gründe für ihre Sichtweisen und verfolgen legitime Ziele, auch wenn die Auswirkungen ihres Handelns in Teilen problematisch sein können. Wenn Menschen in ihrer Geschichte, ihrem persönlichen Erleben, ihren Beweggründen und guten Absichten gesehen werden, kann dies die Tür für Veränderungen öffnen.
3. Konfliktberatung bietet im wesentlichen **Reflexionsräume** an, sei es in Interviews, Beratungsgesprächen oder in Gruppenterminen zur Konfliktbearbeitung. Indem die Konfliktberaterinnen und -berater genau zuhören und empathisch nachfragen, entstehen Situationen, in denen die kommunalen Gesprächspartnerinnen und -partner von ihrem Alltag zurücktreten und einen weiteren Blick auf den Konflikt und die eigene Rolle darin gewinnen. Gerade in eskalierten Konflikten ist es wichtig, dass die Konflikttakteure ihr Reaktionsmuster durchbrechen, entschleunigen und mit Bedacht handeln. Reflexionsräume, die die Kette von Aktion und Reaktion unterbrechen, bieten eine Hilfe und legen den Grundstein, um zurückzukehren zu konstruktiven Aushandlungsprozessen um kommunalpolitische Anliegen.
4. Konfliktberatung kann dazu beitragen, **verbindende Narrative** zu stärken. Konfliktdynamiken sind häufig von spaltenden Narrativen geprägt: Das eigene Verhalten wird gerechtfertigt – schuld sind die anderen. Wo aber liegen die gemeinsamen Interessen der Konfliktparteien? Welche gemeinsamen Ziele sollten nicht aus dem Blick geraten? Kann die Bearbeitung des Konflikts als gemeinsam zu bewältigende Herausforderung neu betrachtet werden? In Boizenburg war die gemeinsame kommunalpolitische Verantwortung der Konfliktbeteiligten für die positive Entwicklung der Stadt und ihr gemeinsames Interesse an der Rückkehr zur konstruktiven Zusammenarbeit maßgeblich für die vertrauensbildenden Schritte aufeinander zu.
5. Der Konflikt kann nur **von den lokalen Akteuren selbst** bearbeitet werden. Die Boizenburger Kommunalpolitikerinnen und -politiker hatten ihre Konfliktdynamik gut verstanden und gingen wesentliche Schritte zur Überwindung der Konflikteskalation selbst. Die Konfliktberatung konnte

hier unterstützende Impulse setzen. Konfliktberatung ist nicht dazu da, sich zu verstetigen, sondern soll sich möglichst überflüssig machen. Kommunen, die über alle Voraussetzungen und Kompetenzen verfügen, um ihre Konflikte selbstständig zu bearbeiten, sollten darin bestärkt werden. Die Stadt Boizenburg und Pro Peace kamen daher überein, den Beratungsprozess nach sechs Monaten zu beenden. Im Bedarfsfall steht die Konfliktberatung von Pro Peace der Stadt Boizenburg erneut zur Verfügung.

Zum Weiterlesen

-  Kommunale Konfliktberatung in Ludwigslust
-  Webportal Kommunale Konfliktberatung



AKTION ZIVILCOURAGE

Die Aktion Zivilcourage e.V. in Pirna steht seit 1998 für die Förderung von Demokratie, Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement. Als parteiunabhängiger Verein stärkt sie demokratische Werte und ermutigt Menschen, Verantwortung für ein respektvolles und offenes Miteinander zu übernehmen. Der Verein richtet sich an eine breite Zielgruppe: Kinder, Jugendliche, Erwachsene, pädagogische Einrichtungen, Schulen, Kommunen und Engagierte profitieren von Bildungsangeboten, Workshops und Beratungen. Dabei schafft die Aktion Zivilcourage e.V. Räume für Dialog, Mitgestaltung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Sektorübergreifende Zusammenarbeit zum Schutz der Zivilgesellschaft – Kommunale Schutzkonzepte in der Region Rostock

Phillip Koller

Ein funktionierendes Gemeinwesen in unseren Kommunen ist auf das ehrenamtliche Engagement von vielen angewiesen – ob im Sportverein, im Gemeinderat oder in der Nachbarschaftshilfe. Immer wieder werden Menschen, die sich für das Gemeinwesen einsetzen, bedroht, beleidigt oder körperlich angegriffen. Besonders betroffen davon sind Engagierte, die ihr Gesicht zeigen und eine klare Haltung für Demokratie, Vielfalt und Toleranz einnehmen. Die meisten Übergriffe gehen dabei von extrem rechten Kräften aus.

Egal wo Einschüchterungsversuche stattfinden – im Internet, auf dem Dorffest oder vor der Haustür –, wenn Engagierte bedroht werden und die politische Kultur verroht, besteht die Gefahr, dass sich Menschen zurückziehen und am Ende nur noch diejenigen Gehör finden, die am lautesten schreien. Was können Kommunen tun, um die Zivilgesellschaft zu schützen? Welche Strukturen müssen vor Ort aufgebaut werden, damit Engagierte in Bedrohungslagen nicht allein gelassen werden? Welche Aufgaben können hierbei kommunale Verantwortungstragende, Sicherheitsbehörden und die lokale Zivilgesellschaft übernehmen? Und welches Vorgehen hat sich bewährt?

Diese Fragen hat die Aktion Zivilcourage e.V. in enger Zusammenarbeit mit zehn Partnerkommunen aus dem ganzen Bundesgebiet in der Praxis untersucht. Im Auftrag des Bundesfamilienministeriums wurden im Begleitprojekt „Zivilgesellschaft stärken und schützen“ zwischen Anfang 2022 und Ende 2024 zehn Kommunen dabei unterstützt, kommunale Schutzkonzepte für die Zivilgesellschaft zu entwickeln.

Aus Mecklenburg-Vorpommern haben drei Kommunen mit ihren lokalen Partnerschaften für Demokratie an dem Projekt teilgenommen. Mit der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, dem Landkreis Rostock und dem Amt Krakow am See waren hierbei drei sehr unterschiedliche kommunale Kontexte vertreten – von der Ostsee-Metropole und dem Flächenlandkreis bis zu einer kleinen ländlichen Gemeinde mit verstreuten Ortschaften.

Entsprechend unterschiedlich waren die Ausgangslagen. Gleichzeitig sind alle drei Partnerkommunen seit Jahren mit einer starken Präsenz rechtsextremer und demokratiefeindlicher Akteure in der Region konfrontiert. Einschüchterungsversuche gehören für die lokale Zivilgesellschaft teilweise zum Alltag, wobei die Einschätzung der Bedrohungslagen durch Polizei, Zivilgesellschaft, Betroffene, Politik und Verwaltung zu Beginn des Prozesses durchaus unterschiedlich ausgefallen ist.

Der Ansatz kommunaler Schutzkonzepte

Eine gemeinsame Lageanalyse, in welcher die Perspektiven Betroffener und Experten zusammengeführt werden, ist eine wesentliche Grundlage zur Erarbeitung eines kommunalen Schutzkonzepts. In den Region Rostock wurden hierzu zahlreiche Interviews und Hintergrundgespräche mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Sicherheitsbehörden, Verwaltungsmitarbeitenden sowie Betroffenen geführt, um herauszuarbeiten, welche Arten von Bedrohungslagen vorliegen, welche Unterstützungsangebote bereits existieren und welche zusätzliche Unterstützung gebraucht wird. Dabei wurde deutlich, dass ein Schlüssel zum Schutz zivilgesellschaftlich Engagierter in einer besseren Abstimmung und Zusammenarbeit der Akteure vor Ort liegt.

Kern des Prozesses war daher der Aufbau einer interkommunalen Koordinierungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Verwaltungen, der lokalen Partnerschaften für Demokratie, der Sicherheitsbehörden, der lokalen Zivilgesellschaft, der Betroffenenberatung LOBBI e.V. sowie des Regionalzentrums für demokratische Kultur. Unterstützt durch die Prozessbegleitung der Aktion Zivilcourage e. V. hat sich diese interkommunale Koordinierungsgruppe zwischen Oktober 2022 und Dezember 2024 regelmäßig getroffen, um – ausgehend von der gemeinsamen Lageanalyse – an kommunalen Schutzkonzepten zu arbeiten.

Der Ansatz „Kommunale Schutzkonzepte“ zielt auf die Entwicklung einer kommunalen Strategie zur Unterstützung zivilgesellschaftlich Engagierter in Bedrohungslagen ab. Hierzu werden lokale Hand-

lungsbedarfe identifiziert, Wirkungsbereiche festgelegt und gemeinsame Vereinbarungen zum Handeln getroffen. Die Ausgestaltung der kommunalen Schutzkonzepte variiert von Kommune zu Kommune, abhängig von den lokalen Problemlagen und Ressourcen. Dennoch lassen sich die Strategien und Maßnahmen fünf Dimensionen zuordnen:

Die erste Dimension umfasst institutionelle und strukturelle Maßnahmen. Diese verfolgen das Ziel, die Reaktionsfähigkeit bei Bedrohungen zu verbessern und Maßnahmen schnell zu koordinieren. Mögliche Maßnahmen sind etwa die Einrichtung eines „Runden Tisches Extremismus“ mit Politik, Polizei, Verwaltung und Zivilgesellschaft oder eines kommunalen Krisenteams.

Zur zweiten Dimension zählen Maßnahmen der Informationsvermittlung, Schulung und Qualifizierung. Diese Dimension zielt auf eine Erhöhung der Handlungssicherheit durch eine verbesserte Informationslage. Exemplarische Maßnahmen sind empirische Studien über Täterstrukturen und Vorfälle, Workshops zu Themen wie „Hass im Netz“ oder Kompetenzschulungen zum Umgang mit Anfeindungen.

Drittens können soziale Unterstützungsangebote implementiert werden. Diese verschaffen den Betroffenen gesellschaftlichen Rückhalt und verhelfen ihnen zu einem besseren Umgang mit der Situation. Mögliche Maßnahmen umfassen öffentliche Positionierungen von lokalen Entscheidungstragenden und die Solidarisierung mit Betroffenen, Vernetzungstreffen von Engagierten sowie die öffentliche Würdigung von Engagement.

Die vierte Dimension bilden repressive polizeiliche Maßnahmen. Diese erhöhen die Kosten für die Täter und setzen Rechtsstaatlichkeit sowie das staatliche Gewaltmonopol durch. Hierbei geht es darum, Demokratie wirksam zu verteidigen und den Schutz von Betroffenen zu verbessern. Polizeiliche Beobachtung und Überwachung der Täterstrukturen, Festnahme und konsequente Strafverfolgung nach strafrechtlich relevanten Angriffen sowie Polizeischutz bei gefährdeten Veranstaltungen sind hier als Beispiele zu nennen.

Fünftens sind unterschiedliche präventive Maßnahmen denkbar. Diese stärken demokratische Kompetenzen in der Gesellschaft und ermöglichen es Menschen, mit Zivilcourage zu handeln. Zu diesem weit gefächerten Handlungsfeld zählen beispielsweise politische Bildungsarbeit sowie Stadtteil- und Jugendarbeit.

Der Prozess zur Erarbeitung kommunaler Schutzkonzepte ist voraussetzungsreich. Erforderlich sind ein klares Bekenntnis kommunaler Verantwortungstragender, sich mit dem Themenfeld auseinander-

zusetzen, die kommunale Eigenverantwortung für den Prozess sowie die Einplanung entsprechender Ressourcen durch die Kommune. Notwendig ist zudem die Bereitschaft in der Verwaltung, innerhalb der lokalen Zivilgesellschaft und bei der Polizei, sich an einen Tisch zu setzen und auf eine sektorübergreifende Zusammenarbeit einzulassen. Damit diese funktioniert, müssen Ressourcen für die Koordination, Moderation und Prozesssteuerung bereitgestellt werden.

Erkenntnisse aus dem Prozess in der Region Rostock

In der Region Rostock bildet die Arbeit der lokalen Partnerschaften für Demokratie den Dreh- und Angelpunkt für die Entwicklung kommunaler Schutzkonzepte. In den lokalen Partnerschaften für Demokratie ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den externen Koordinierungs- und Fachstellen und den jeweiligen federführenden Ämtern angelegt. Diese Kooperation erfüllt eine wertvolle Brückenfunktion zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung. Auf der langjährigen Netzwerkarbeit der lokalen Partnerschaften aufbauend, konnten schnell Interview- und Netzwerkpartner identifiziert und angesprochen werden.

Eine wichtige Erkenntnis im weiteren Prozess war, die Entwicklung von Schutzkonzepten als fortlaufenden Prozess der vertrauensvollen Zusammenarbeit zu verstehen. Aufgrund negativer Vorerfahrungen sowie unterschiedlicher Rollen, Problemwahrnehmungen und institutioneller Logiken begegneten sich zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure in der Koordinierungsgruppe zunächst mit einer gewissen Skepsis. In der gemeinsamen Auseinandersetzung mit dem Themenfeld wurden kontroverse Themen offen diskutiert und unterschiedliche Positionen benannt. Durch einen wertschätzenden, konstruktiven und regelmäßigen Austausch erfolgte eine Perspektiverweiterung bei den beteiligten Akteuren, wodurch der Grundstein für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gelegt werden konnte.

Eine weitere Stärke der Zusammenarbeit war, die Analyse der Problemlagen und die Entwicklung von Handlungsstrategien nicht abstrakt zu diskutieren, sondern auf die kommunale Ebene herunterzubrechen, mit den Bedarfen Betroffener abzugleichen und bei der Umsetzung von Maßnahmen klare Verantwortlichkeiten festzulegen. Exemplarisch zu nennen ist hier der Umgang mit rechtsextremer Stimmungsmache und Mobilisierung im Kontext der Unterbringung von Geflüchteten im Landkreis Rostock. In enger Abstimmung zwischen Polizei, lokalen Beratungsstrukturen, Verwaltung und politisch Verantwortungstragenden wurden Sicherheits- und Ablaufpläne für kontroverse Einwohnerversammlungen erarbeitet und in mehreren Gemeinden des Landkreises umgesetzt. Flankierend wur-

den im Nachgang kommunale Verantwortungstragende durch die Landkreisverwaltung, die lokalen Partnerschaften für Demokratie und die Polizei beraten und unterstützt.

Eine Besonderheit in der Region Rostock bildete die Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den drei Partnerkommunen. Kommunale Strategien und Maßnahmen wurden in einen regionalen Ansatz zum Schutz der Zivilgesellschaft eingebettet. Während dies mit einem erhöhten Koordinationsaufwand verbunden war, zeigte sich der Mehrwert für die Kommunen ganz klar in der Etablierung kurzer Kommunikationswege auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen, einer besseren Verzahnung und gegenseitigen Unterstützung der Arbeit der lokalen Partnerschaften für Demokratie sowie in der Bündelung von Ressourcen bei zentralen Kooperationspartnern.

Abschließend sind vier Aspekte hervorzuheben, die den Prozess in der Region Rostock geprägt haben: 1) das unermüdliche Engagement ehrenamtlicher wie hauptberuflicher zivilgesellschaftlicher Initiativen, Vereine und Einzelpersonen für Demokratie, Vielfalt und Toleranz – trotz anhaltender Bedrohungslagen; 2) ein ausgeprägtes Problembewusstsein sowie eine hohe Kooperationsbereitschaft in den Leitungsebenen der Polizei; 3) mutige Entscheidungstragende in der Politik und der Verwaltung mit einer klaren Haltung sowie 4) die Bereitschaft dieser Akteure, auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten.

Zum Weiterlesen

+ Zivilgesellschaft stärken und schützen – Ein Praxisleitfaden für kommunale Schutzkonzepte bei Bedrohungen gegen zivilgesellschaftlich Engagierte

+ Kompetenzzentrum Krisen-Dialog-Zukunft der Aktion Zivilcourage



Stiftung SPI

Strategien sozialer
Integration



Die Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“, trägt als gemeinnützige Stiftung zu einer Gesellschaft bei, in der sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und das Gemeinwesen frei entfalten kann. Als Institut für soziale Arbeit wirkt sie operativ als Trägerin sozialer Angebote, die von (Schul-)Sozialarbeit, Kinder- und Jugendarbeit, Projekten der Demokratieförderung und Beteiligung bis hin zu Suchtberatung reichen. Auf Bundes- und Landesebene gestaltet die Stiftung SPI innovative, ganzheitliche Lösungen an der Schnittstelle zwischen (Förder-)Politik und Praxis.

Gemeinsam Demokratie gestalten – Konflikte lokal bearbeiten. Das Projekt „Kommunales Konfliktmanagement“

Julia Rettig und Elisabeth Pohlgeers

Kommunen sind mit vielen Konflikten konfrontiert. Spannungen zwischen Gruppen, Streit um die Nutzung öffentlicher Plätze oder das Auftreten rechtsextremer Gruppierungen – all diese Themen können zu Konflikten führen, die das Zusammenleben in Städten und Gemeinden belasten. Doch wie lassen sich Konflikte konstruktiv und nachhaltig bearbeiten?

Das Projekt „Kommunales Konfliktmanagement“ setzte genau an diesem Punkt an. Die Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“ (SPI) begleitete im Auftrag des Bundesministeriums für Familie Senioren, Frauen und Jugend von November 2021 bis Dezember 2024 zwölf Städte und einen Landkreis beim Aufbau von Strukturen und Verfahren des Kommunalen Konfliktmanagements. Zunächst wurden in jeder Kommune Personen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft zu kommunalen Konfliktmanagerinnen und -managern qualifiziert. Die Teilnehmenden lernten in dieser Qualifizierung Methoden der Konfliktbearbeitung kennen und erprobten diese anhand konkreter Fallbeispiele. Zudem wurden lokale Steuerungsgruppen initiiert, in denen Verwaltung und Zivilgesellschaft Handlungsstrategien im Umgang mit Konflikten entwickelten. Die Kommunen wurden durch ein Tandem aus einer lokalen Prozessbegleitung und einer externen Prozessbegleitung der Stiftung SPI unterstützt. In Mecklenburg-Vorpommern waren die drei Städte Greifswald, Neubrandenburg und Schwerin, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ als Partnerschaften für Demokratie gefördert wurden, Teil des Projekts.

Kommunales Konfliktmanagement bezeichnet ein systematisches Vorgehen zur Bearbeitung von Konflikten. Ziel ist es, nachhaltige Verfahren und Strukturen für den Umgang mit Konflikten zu stärken beziehungsweise zu entwickeln. Dazu gehören die sorgfältige Analyse bestehender Konflikte, die Erarbeitung von Interventionsmaßnahmen sowie ein kontinuierliches Überprüfen der umgesetzten Maßnahmen.

Konfliktmanagement beruht auf der Grundannahme, dass widersprüchliche Interessen zum sozialen Zusammenleben gehören – und dass die Beteiligten lernen sollten, konstruktiv mit diesen Spannungen umzugehen. Konflikte werden also nicht als etwas Negatives betrachtet, sondern sind eine Chance, da sie Veränderungsbedarfe sichtbar machen. Wenn sie konstruktiv bearbeitet werden, kann dies Perspektivwechsel eröffnen und neue Impulse geben. Entscheidend ist, wie mit Konflikten umgegangen wird. Die konstruktive Konfliktbearbeitung kann neue Räume für die Aushandlung und den Dialog mit der Bevölkerung eröffnen und somit das demokratische Zusammenleben stärken. Bleiben Konflikte unbearbeitet, können sie einen Nährboden für Demokratiefeindlichkeit, Hass und Gewalt bieten.

Garagenkomplex in Greifswald

In der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ist der Druck auf den öffentlichen Raum in den letzten Jahren gestiegen: Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, Interessen und Bedarfen wollen über die Verwendung von Flächen im Stadtbesitz mitbestimmen. Das Aufeinandertreffen der unterschiedlichen Interessengruppen führt immer wieder zu offenen Konflikten. Institutionen der Stadtverwaltung und Kommunalpolitik werden hierbei mitunter zum Gegenüber aufgebracht Bürgerinnen und Bürger.

Während der Projektlaufzeit fanden öffentliche Auseinandersetzungen beispielsweise um die Errichtung einer Container-Unterkunft für geflüchtete Menschen sowie um die Erschließung von Bauland an privat genutzten Garagenstandorten statt. Es kam zu verbalen Eskalationen und Protestaktionen in politischen Gremien und Demonstrationen. Die Debatten wurden teilweise sehr feindselig geführt. Es wurde deutlich, dass diese Konflikte ein großes Mobilisierungspotenzial für demokratiefeindliche Tendenzen boten. Das Projekt begleitete daher Prozesse, die eine konfliktsensible Kommunikation mit der Bevölkerung und die Prävention von Eskalation zum Ziel hatten.

Konkret wurde die Umsetzung einer Dialogveranstaltung im Rahmen eines durch den Oberbürgermeister und die Bürgerschaft (Stadtrat) initiierten Beteiligungsverfahrens zum Umgang mit den Garagenstandorten unterstützt. Eine Vielzahl an betroffenen Personen konnte für die Teilnahme an der Veranstaltung gewonnen werden. Das offene Dialogformat wurde von einer externen Moderation begleitet. Neben der Vermittlung von Informationen zum Sachstand durch die Amtsleitungen konnten die Besitzerinnen und Besitzer der Garagen ihre unterschiedlichen Anliegen vorbringen.

Wesentlich für das Gelingen war es, auch der emotionalen und symbolischen Bedeutung, die das Thema für die Teilnehmenden hatte, genügend Raum zu geben. Zudem wurde deutlich, dass es auch innerhalb verschiedener Ämter unterschiedliche Perspektiven und Ziele gab. Der offene Umgang mit ungeklärten (rechtlichen) Fragen sowie mit unterschiedlichen Positionen innerhalb der Verwaltung leistete einen Beitrag dazu, das Bild der Stadtverwaltung als monolithischer Einheit aufzubrechen. Die transparente Kommunikation seitens Politik und Verwaltung half dabei, das Verständnis für die Komplexität von Verwaltungshandeln in einem föderalen Gemeinwesen zu erhöhen. Durch konfliktsensible Vorbereitung und die Offenheit des Austausches gelang es, einen konstruktiven Dialograum zwischen allen Beteiligten zu schaffen und deeskalierend zu wirken.

Um in Greifswald nachhaltig besser mit Konflikten umgehen zu können, befürworteten Oberbürgermeister und Stadtverwaltung die Erarbeitung eines Einsatzkonzepts für die im Projekt qualifizierten Konfliktmanagerinnen und -manager. Personen aus der Verwaltung, aber auch aus der Zivilgesellschaft unterstützen bei der Analyse konkreter Konfliktsituationen oder der Gestaltung von Dialogformaten. Diese Einsätze ergänzen bestehende städtische Angebote und Strukturen.

Großwohnsiedlung in Schwerin

In der Großwohnsiedlung Mueßer Holz im Südosten Schwerins kam es über Jahre hinweg immer wieder zu Spannungen und Vorfällen im öffentlichen Raum. Diese wurden teils verschärft durch prekäre Lebenssituationen und Segregationseffekte wie etwa hohe Jugendarbeitslosigkeit und Kinderarmut. Im Jahr 2021 verdichteten sich die Konflikte rund um den Keplerplatz, einem zentralen Treffpunkt mit Straßenbahnhaltestelle und Einkaufszentrum. Deutlich wurden vielschichtige Konfliktherde: Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Gruppen, zu Verschmutzungen und Vandalismus. Menschen mit Migrationsgeschichte berichteten von rassistisch motivierten Anfeindungen.

Um zur Bearbeitung dieser Konflikte eine nachhaltige Struktur zu etablieren, war es der Stadt ein zentrales Anliegen, die Steuerungsgruppe vielfältig zu besetzen und politisch zu legitimieren. Doppelstrukturen sollten dabei vermieden werden. Statt ein neues Gremium zu schaffen, wurde diese im Präventionsrat verankert – einem Gremium, das seit der Corona-Pandemie geruht hatte und sich durch seine ämterübergreifende Zusammensetzung sowie die enge Zusammenarbeit von Verwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft auszeichnet.

Nach einer inhaltlichen Neuausrichtung und der Umbenennung in „Kommunaler Rat für Kriminalitätsvorbeugung“ wurde das Gremium in den politischen Ausschüssen bewilligt. Im November 2023 trat der Rat erstmals wieder zusammen. In der Sitzung wurde eine Arbeitsgemeinschaft Keplerplatz gegründet, die in den Folgemonaten erste konkrete Erfolge erzielte – etwa die Aufstellung neuer Sitzbänke und eines großen Müllcontainers.

Diese konkreten Schritte führten zu einer Entspannung der Lage. Laut dem kommunalen Ideen- und Beschwerdemanagement ist die Zahl der Beschwerden von Anwohnenden seither deutlich zurückgegangen. Im September 2024 wurde eine Koordinationsstelle für Kriminalitätsvorbeugung und Demokratieförderung in der Stadtverwaltung eingerichtet. Sie soll die Arbeit des Rats langfristig begleiten und setzt einen Fokus auf kommunale Konfliktbearbeitung.

Erfahrungen und Perspektiven

Die Erfahrungen aus Greifswald und Schwerin zeigen, dass der proaktive Umgang mit Konflikten dazu beitragen kann, das demokratische Zusammenleben vor Ort zu stärken.

Der Erfolg kommunaler Konfliktbearbeitung hängt maßgeblich davon ab, ob Führungskräfte und Entscheidungsträgerinnen und -träger aus Verwaltung und Politik aktiv eingebunden sind und den Prozess befürworten. In Schwerin waren die bestehenden Missstände lange bekannt – doch erst durch die politische Legitimation des Kommunalen Rats für Kriminalitätsvorbeugung konnten konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

Damit solche Prozesse gelingen, braucht es Zeit für Sensibilisierung und Vertrauensaufbau. Wiederkehrende Zielklärungen sowie verbindliche Absprachen zur Bereitstellung von Ressourcen stärken den Prozess.

Die Mitwirkung von politischen Entscheidungsträgern hat einen entscheidenden Vorteil: Sie fördert die Sichtweise, dass Konflikte Querschnittsaufgaben sind. Komplexe kommunale Konfliktlagen erfordern multiperspektivische Auseinandersetzungen und ein abgestimmtes Handeln unterschiedlicher Fachbereiche, Akteure und Institutionen. Langfristig braucht es eine gesamtstädtische Strategie, die Konfliktbearbeitung strukturell verankert.

Krisen und Konflikte stellen Kommunen vor große Herausforderungen. Das Vertrauen in die Lösungskompetenzen demokratischer Verfahren und Institutionen schwindet, während demokratiefeindliche Gruppierungen versuchen, Konflikte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Umso wichtiger ist es, den demokratischen Umgang mit Konflikten zu stärken.

Kommunen verfügen über vielfältige Strukturen und Ressourcen, die für die Konfliktbearbeitung genutzt werden können. Ein wesentlicher Gelingensfaktor liegt in der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Verwaltungsbereichen und mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Wesentlich für die Entwicklung kommunaler Strukturen und Verfahren zur Konfliktbearbeitung ist die Sensibilisierung aller Beteiligten – mit dem Ziel, Konflikte als Chance für demokratische Aushandlung anzuerkennen.

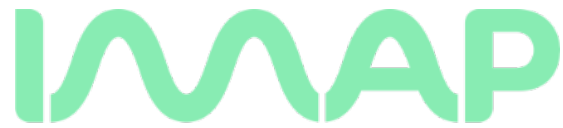
Zum Weiterlesen

+ Stiftung SPI (Hg.): **Gemeinsam Demokratie gestalten. Einblicke in die Praxis des Kommunalen Konfliktmanagements, Berlin 2024.**



+ Stiftung SPI (Hg.): **Gemeinsam Demokratie gestalten. Handlungsempfehlungen für ein Kommunales Konfliktmanagement, Berlin 2024.**





Change & Culture

Das IMAP-Institut ist ein Beratungshaus für systemische Organisationsentwicklung. Seit über 20 Jahren begleitet die Organisation Kommunen, Landes- und Bundesbehörden sowie Stiftungen, Verbände und Unternehmen. Mit den unterschiedlichen Projekten will IMAP einen Beitrag für eine von Vielfalt, Akzeptanz und Teilhabe geprägte demokratische Kultur leisten. IMAP beschäftigt am Hauptsitz Düsseldorf, in Berlin und remote über 80 festangestellte Mitarbeitende.

Was tun bei Anfeindungen und Hass gegen Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik? – Erkenntnisse aus drei Jahren Projektarbeit

Jenni Winterhagen und Leon Godeffroy

Komma steht für „Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass“. Das Projekt stärkt kommunale Entscheidungstragende und Verwaltungen im Umgang mit Anfeindungen, Rassismus und Hass. Das IMAP-Institut setzte das Projekt zwischen Oktober 2022 und September 2025 um, gefördert von der Bundesbeauftragten für Integration und Antirassismus.

Am Projekt nahmen bundesweit zehn Modellkommunen teil, die das IMAP-Institut vertieft begleitete und beriet. Zwei dieser Modellkommunen – die Stadt Wismar und der Landkreis Vorpommern-Greifswald – befinden sich in Mecklenburg-Vorpommern. In den letzten drei Jahren haben wir dabei mit vielen Akteuren vor Ort zusammengearbeitet, unter anderem war das Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald eng in das Projekt eingebunden.

Neben den Modellkommunen sind bundesweit 68 Kommunen Teil des Komma-Netzwerkes, in dem Austausch, Wissenstransfer und Vernetzung stattfinden. Ein Projektbeirat mit über 20 Fachpersonen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Sicherheitsbehörden berät das Projektteam.

In diesem Artikel sollen die Lösungsansätze skizziert werden, die wir im Projekt Komma über drei Jahre hinweg partizipativ entwickelt und iterativ getestet haben. Die Stadt Wismar und der Landkreis Vorpommern-Greifswald waren dabei zentrale Partner. Am Ende des Textes finden Sie einen Link zu den unterschiedlichen Handreichungen, die detaillierter auf den jeweiligen Lösungsansatz eingehen. Dabei gilt: Wirksame Strategien sind immer abhängig vom Kontext. Unsere Empfehlungen sind als Anregungen zu verstehen, die den jeweiligen lokalen Voraussetzungen angepasst werden sollten.

Anfeindungen zum Thema machen

Unsere Projekterfahrung zeigt, dass der bundesweite Diskurs über Anfeindungen nicht automatisch zu einem Sprechen auf kommunaler Ebene führt. Dies gilt sowohl für den vertraulichen Austausch zwischen Amts- und Mandatspersonen und Verwaltungsmitarbeitenden als auch im öffentlichen Raum.

Es hat verschiedene Gründe, wenn Amts- und Mandatspersonen über Anfeindungen nicht sprechen. Wahlbeamte und Führungskräfte der Verwaltung sorgen sich, den Ruf ihrer Kommune zu beschädigen. Die eigene Betroffenheit zu thematisieren, kann Risiken bergen. So kann es bei Führungskräften als Schwäche interpretiert werden, wenn sie Anfeindungen öffentlich machen. Auch gibt es die Ansicht, dass Anfeindungen in öffentlichen Ämtern eher „normal“ und hinzunehmen sind.

Zentrale Voraussetzung für Solidarität und gemeinsames Handeln ist das Wissen darüber, ob und wie Amts- und Mandatspersonen sowie Verwaltungsmitarbeitende Anfeindungen erleben. Dazu ist es notwendig, zunächst in den Austausch zu kommen. In KomMA haben wir dafür folgende Formate entwickelt:

- 1. Saalbefragung:** Anonym geben Mandatspersonen in einer Online-Kurzbefragung während der Ratssitzung ein, welche Anfeindungen sie erleben. Direkt danach wird die Auswertung eingeblendet und ermöglicht einen datenbasierten Austausch. Eine Handreichung dazu finden Sie auf unserer Internetseite.
- 2. Mitarbeitenden-Befragung in der Verwaltung:** In einer Modellkommune haben wir eine freiwillige Mitarbeitenden-Befragung umgesetzt, nach Übergriffen und Diskriminierungserfahrungen gefragt und Gleichstellungsdaten erhoben. Ausgehend davon konnten datenbasiert und für die jeweiligen Bereiche der Organisation Maßnahmen abgeleitet werden. Eine Befragung erreicht alle Mitarbeitenden – selbst wenn nicht alle an der Befragung teilnehmen – und sendet damit ein starkes Signal in die Organisation. Sie transportiert niedrigschwellig Inhalte und kann auch dazu dienen, überhaupt erstmals für das Thema Anfeindung zu sensibilisieren. Insofern dient sie nicht nur der Informationsbeschaffung, sondern ist auch als Intervention zu betrachten. Eine Handreichung dazu finden Sie auf unserer Internetseite.
- 3. Übergriffsmanagement in der Verwaltung:** Über die Abteilung Personal beziehungsweise den Arbeitsschutz kann außerdem ein Übergriffsmanagement etabliert oder ausgebaut werden. Bei

KommA haben wir dazu – unter anderem aufbauend auf dem sogenannten Aachener Modell – ein Konzept entwickelt. Es umfasst ein digitales Meldesystem sowie Schulungen für Führungskräfte und wird in einer Dienstvereinbarung festgehalten. Eine Handreichung dazu finden Sie auf unserer Internetseite.

Allianzen bilden

Kommunale Entscheidungstragende berichten durchgängig, wie wichtig es ist, sich mit Anfeindungen nicht allein zu fühlen. Das Erfahren von Rückhalt und Unterstützung ist entscheidend. Um Anfeindungen und Hass vor Ort zu bekämpfen, braucht es strategisch und solidarisch agierende Allianzen.

Vielorts gibt es bereits große und öffentlich agierende Bündnisse für Vielfalt und Demokratie. Daneben ist es aus unserer Praxiserfahrung hilfreich, kleine, vertrauliche Allianzen vor Ort zu etablieren. Diese vertraulichen Allianzen haben folgende Funktionen:

- **Geschützter Raum für Schlüsselakteure:** Wichtige Akteure aus Verwaltung, Sicherheitsbehörden, Justiz und Zivilgesellschaft haben einen gemeinsamen Ort, an dem Vertrauen gebildet werden kann. Unsere Erfahrung ist, dass sich diese Akteure zwar kennen und regelmäßig in diversen Runden begegnen, aber selten in der Lage sind, sich länger untereinander und ohne Zuhörerschaft auszutauschen.
- **Schneller Informationsaustausch:** Innerhalb der Gruppe können Informationen sehr schnell an zentrale Stellen des demokratischen Systems gelangen. Unserer Erfahrung nach wurden in der Gruppe nach einiger Zeit Informationen zu Gefahrenlagen in der Kommune ausgetauscht, die Akteure sonst nur bilateral mit ein bis zwei anderen Personen geteilt hätten.
- **Reflektion von Rollen und Zuständigkeiten:** Die Gruppe bietet einen Rahmen, um Verständnis für die Rollen und Herangehensweisen untereinander zu entwickeln. Teilweise sind diese sehr unterschiedlich – zum Beispiel wenn von polizeilicher Seite ein Verfahren eingestellt wird, obwohl aus einer betroffenenzentrierten, zivilgesellschaftlichen Logik heraus eine Weiterverfolgung nötig wäre.
- **Gemeinsame Entwicklung von Notfallszenarien:** In der Gruppe lassen sich gemeinsam Handlungsabläufe besprechen, wie in Gefahrenlagen schnell, abgestimmt und systematisch reagiert werden kann.

In KommA haben wir in einer ostdeutschen Modellkommune den Aufbau einer kleinen, vertraulichen Allianz begleitet. Es ist hilfreich, aber nicht zwingend notwendig, die Gruppe zu Beginn extern moderieren und begleiten zu lassen.

Das Maß an Vertraulichkeit definiert gleichzeitig die Grenzen der Handlungsfähigkeit der vertraulichen Allianz. Damit ist gemeint: Wenn ein hohes Maß an Vertraulichkeit vereinbart wurde, können Beschlüsse der Gruppe nicht als solche nach außen kommuniziert und umgesetzt werden. Vielmehr ist es dann an den teilnehmenden Akteuren, ihren Anteil an den Strategien innerhalb ihrer Organisation umzusetzen.

Eine Handreichung zum Aufbau von Allianzen finden Sie auf unserer Internetseite.

Strategien und Handlungskonzepte entwickeln

Die Debatte über Anfeindungen bleibt diffus. Daher ist es empfehlenswert, in der Kommune klare Strategien und Handlungskonzepte zur Prävention beziehungsweise schnellen Bearbeitung von Vorfällen parat zu haben.

Die **Information von potentiell betroffenen Personengruppen** sensibilisiert und setzt Zeichen, dass man nicht tatenlos zuschaut. Zum Beispiel hat das Regionalzentrum für demokratische Kultur im Landkreis Vorpommern-Greifswald alle Kandidierenden vor den Kommunalwahlen über den Kreistag angeschrieben und über mögliche Bedrohungslagen aufgeklärt. Wichtig ist dabei, die jeweilig zuständigen Ansprechpersonen zu nennen beziehungsweise über Links auf aktuell gehaltene Ansprechstellen zu verweisen. Gerade in der Anzeige von Vorfällen und Verweisberatung von Betroffenen können klare Hinweise der Kommune helfen.

Der nächste Schritt wäre die **systematische Sammlung von Maßnahmen und Konzepten** in einem verbindlichen Strategiekonzept. Diesen Weg hat die Hansestadt Wismar gewählt und im Rahmen von KommA solch ein Konzept erstellt. In anderen Modellkommunen wurden außerdem Handreichungen und Trainings für Führungskräfte in der Verwaltung entwickelt sowie Beschwerde- und Unterstützungsstrukturen eingerichtet. Die entsprechenden Handreichungen zu diesen Instrumenten finden Sie auf unserer Internetseite.

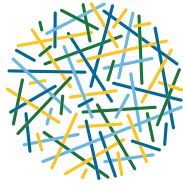
Höchstmögliche Verbindlichkeit bietet in der Kommunalverwaltung das **Instrument der Dienstvereinbarung**. Dienstvereinbarungen sind verbindliche Regelungen zwischen der Verwaltungsleitung und dem Personalrat. Eine Dienstvereinbarung kann beispielsweise festhalten, zu welchen Schulungen Mitarbeitende verpflichtet sind. Sie kann genutzt werden, um grundlegende Erwartungen an Verhaltensweisen im öffentlichen Dienst auf der einen und Schutzaufgaben der Verwaltung auf der anderen Seite verbindlich zu konkretisieren. Allerdings ist die Verhandlung von Dienstvereinbarungen meist ein aufwendiger Prozess, in den viele Akteure eingebunden sind. Unter Umständen ist es praktikabler, bestehende Dienstvereinbarungen – etwa zu den Themen Übergriffsmanagement oder Konfliktbearbeitung – zu aktualisieren und erweitern. Auch dazu finden Sie eine Handreichung auf unserer Internetseite.

Zum Weiterlesen



Eine Übersicht über alle Handreichungen aus dem Projekt





Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern

Die fünf Regionalzentren für demokratische Kultur sind die zentralen Beratungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern, um die demokratische Kultur zu stärken und demokratiefeindliche Bestrebungen abzuwehren. Sie sind ein wesentlicher Baustein des Beratungsnetzwerks Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern, ein Zusammenschluss von staatlichen Behörden und nichtstaatlichen Beratungsprojekten in freier Trägerschaft. Die Regionalzentren unterstützen seit 2007 bedarfsorientiert, präventiv und in Krisenfällen Kommunen, Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen mit Beratung, Bildung und Vernetzung.

Konfliktfeld Rechtsextremismus in der Kommunalpolitik – Entwicklungen und Handlungsstrategien aus der Perspektive der Regionalzentren für demokratische Kultur

Stefan Kollasch

Antidemokratische Einstellungen sind bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen, wie etwa die Mitte-Studie 2025 zeigt. Die rechtsextreme Szene in Mecklenburg-Vorpommern hat sich vervielfältigt und demokratische Akteure sind verunsichert, wie sie damit umgehen sollen. Wer sind die Akteure und welche Strategien nutzen sie? Welche Auswirkungen hat das auf die Kommunalpolitik und welche Handlungsmöglichkeiten gibt es? In diesem Artikel werden einige Erfahrungen aus der Beratungsarbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur geteilt. Die Regionalzentren bieten auch Amts- und Mandatsträgern Unterstützung bei ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische (Alltags-)Kultur im Gemeinwesen. Der Artikel basiert zudem auf 15 Interviews mit Engagierten sowie Expertinnen und Experten aus Kommunalpolitik, Wissenschaft und Medien, die für die zweite Auflage der RAA-Broschüre „Rechts sitzen lassen!“ befragt wurden.

Wie der Rechtsextremismus die Kommunalpolitik bedroht

In den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern sind neben Neonaziparteien wie Die Heimat (ehemals NPD), dem III. Weg und rechtsextremen Wählergruppen wie der Wählergemeinschaft Heimatliebe (Nordwestmecklenburg) oder Heimat und Identität (Ludwigslust-Parchim) auch völkische Siedler, rechtsextreme Jugend- und Kampfsportgruppen, militante Kameradschaften oder Rockergruppen aktiv. Die AfD ist 2025 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz ebenfalls als gesichert rechtsex-

trem eingestuft worden, allerdings wurde diese Einstufung im Zuge eines noch nicht abgeschlossenen Gerichtsverfahrens ausgesetzt, sodass aktuell nur die Einstufung als Verdachtsfall rechtskräftig ist. Nach den Kommunalwahlen 2024 sitzen auch Akteure aus dem extrem rechten Spektrum in Kreistagen sowie Stadt- und Gemeindevertretungen. Andere Akteure wirken eher durch ihre Präsenz im Gemeinwesen oder strukturell: So arbeitet der ehemalige Bundesvorsitzende der gesichert rechtsextremen Identitären Bewegung inzwischen als Mitarbeiter von Nikolaus Kramer, dem Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Schweriner Landtag.

Rechtsextremen geht es nicht um den demokratischen Diskurs und ein Ringen um das bessere Argument, sondern um Überwältigung und den schleichenden Abbau demokratischer Selbstverständlichkeiten. Sie wollen den Handlungsspielraum für andere minimieren und letztlich den Rechtsstaat in ein autoritäres System umbauen.

Einerseits bieten sich die rechtsextremen Akteure an und verschleiern ihre eigentlichen Absichten. Die vermeintliche Kooperationsbereitschaft, Kumpelei oder Betonung von sachpolitischen Notwendigkeiten ist aber häufig nur Taktik und Mittel zum Zweck. Andererseits nutzen Rechtsextreme die kommunalpolitische Bühne immer wieder für menschenverachtende Positionen. In Sitzungen fallen sie durch Zwischenrufe, gezielte Störungen oder verhöhnende und diskriminierende Äußerungen auf. Eine weitere Strategie ist die Behandlung von Themen, die gar nicht in die Zuständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung fallen, sich aber für populistische Erzählungen in den Sozialen Medien gut eignen, zum Beispiel beim Thema Migration.

Durch die zunehmende Normalisierung eines toxischen Umgangs erodiert die demokratische Debatte-
tenkultur, die Konflikte verschärfen auch den gesellschaftlichen Umgang im Gemeinwesen: Bürgermeister, Kommunalpolitikerinnen oder zivilgesellschaftliche Akteure erleben Anfeindungen und Gewalt durch rechtsextreme Unterstützer, am Rande von Sitzungen kommt es zu verbalen und körperlichen Einschüchterungsversuchen oder Angriffen, Mandatsträger erhalten Morddrohungen, Haustüren und Briefkästen werden mit Buttersäure beworfen oder Vereinsimmobilien angezündet, wie Beispiele aus den Kreisen Ludwigslust-Parchim und Rostock zeigen. Verschiedene Studien und Berichte machen zudem deutlich, dass sich in der Konsequenz insbesondere Frauen, queere Menschen oder solche mit einer internationalen Geschichte aus der Kommunalpolitik zurückziehen. Das ist das klare Ziel der extremen Rechten – und erschüttert die Demokratie in ihren Grundfesten.

Handlungsmöglichkeiten für Kommunalpolitiker: Erkenntnisse aus der (Beratungs-)Praxis

Gemeinden sind die wesentliche Grundlage des demokratischen Rechtsstaats. Bundesweit engagieren sich zehntausende Menschen in über 11.000 Kommunen haupt- und ehrenamtlich in Stadt-, Gemeinde- und Ortsvertretungen oder als Bürgermeisterin und Bürgermeister. Das Problembewusstsein zum Thema Rechtsextremismus ist meist der erste, notwendige Schritt für die Entwicklung von Handlungsstrategien. Die Regionalzentren können bei der Einordnung des Phänomens helfen und bei der Entwicklung von Handlungsstrategien unterstützen:

In einem Mittelzentrum in Nordwestmecklenburg wurde gemeinsam mit dem Bürgermeister ein runder Tisch zum Thema „Wie geht es der Jugend?“ initiiert. Die Teilnehmenden aus Bildungseinrichtungen, Vereinen, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden besprachen gemeinsame Strategien gegen Rechtsextremismus und eine Reihe von Maßnahmen wie eine verbesserte Jugendbeteiligung, den Ausbau der Jugendsozialarbeit und einen besseren Informationsaustausch.

In einem anderen Fall in Nordwestmecklenburg unterstützt das Regionalzentrum für demokratische Kultur einen Bürgermeister sowie eine Initiative zum Thema Flüchtlingsaufnahme, nachdem es bei einem Bürgerdialog zur Errichtung einer Unterkunft zu heftigen rassistischen Äußerungen kam. Das Regionalzentrum berät zu möglichen Bedrohungsszenarien und stellt einen Sicherheitsleitfaden für Dialogveranstaltungen zur Verfügung. Gelingensbedingungen für die Aufnahme sind zum Beispiel die Stärkung der Engagierten und ein transparenter, dialogorientierter Aufnahmeprozess, der auch Raum für kritische Fragen seitens der Bürgerinnen und Bürger lässt, Rechtsextremen aber keine Bühne bietet.

Zwar haben sich bisher die Mehrheitsverhältnisse in den meisten kommunalen Vertretungen und Kreistagen nicht in Richtung Rechtsextremismus verschoben. Die Brandmauer und der Konsens des Schweriner Weges zum gemeinsamen Umgang und der gezielten Abgrenzung gegenüber der extremen Rechten wird aber zunehmend brüchiger. So gibt es sowohl Beispiele zu Anträgen extrem rechter Akteure, die durch demokratische Fraktionen Mehrheiten erhalten, oder zu Anträgen demokratischer Fraktionen, bei denen Rechtsextreme zu Mehrheitsbeschaffern werden. Dies führte in einem Beratungsfall zu Konflikten zwischen den demokratischen Fraktionen, Dialogangebote scheiterten. Stattdessen kam es zu einer gezielten Kampagne gegen einzelne demokratische Vertreterinnen und zu Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen. In der Folge entschied man sich, die Polizei und

die Kommunalaufsicht einzuschalten, die Vorgänge öffentlich zu machen und die Menschen im Ort zu sensibilisieren.

Dieses und unzählige weitere Beispiele zeigen: Demokratinnen und Demokraten brauchen nicht nur Wissen, Ausdauer und Haltung, sondern auch immer mehr Mut, rechtsextremer Raumnahme und ihren Polarisierungs- und Spaltungsversuchen etwas entgegenzusetzen. Deshalb sind der Austausch und die Solidarität innerhalb der eigenen Fraktionen und Parteien beziehungsweise Wählergemeinschaften sowie ein übergreifender Konsens aller demokratischen Akteure jenseits parteipolitischer Grabenkämpfe besonders wichtig.

Kommunale Parlamente sind Orte des politischen Streits. Dafür braucht es gemeinsame Grundlagen und Leitlinien. Die Einhaltung formaler Regeln ist dabei ebenso wichtig wie eine gute Debattenkultur und die Sanktionierung von Verstößen. Hierfür kann beispielsweise ein Verhaltenskodex als Teil der Geschäftsordnung hilfreich sein. Gemeinsam mit dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern haben zwei Regionalzentren einen Leitfaden für demokratische Debattenkultur erarbeitet: Debatten sollen dementsprechend vom gegenseitigen Respekt und der Offenheit für die Argumente des jeweils anderen geleitet sein, auf Beleidigungen oder eine abwertende Sprache ist zu verzichten. Die Fraktionen und Zählergemeinschaften sollten sich auf ein Störungsmanagement verständigen. Kreistagspräsidien, Stadtvertretervorsteher, Vorsitzende der Gemeindevertretungen oder der Ausschüsse benötigen daher ein Problembewusstsein und gute Leitungs- und Durchsetzungsfähigkeiten. Auch deshalb sollten Rechtsextreme keine wichtigen Machtpositionen in den Kommunalparlamenten erhalten. Kommunalpolitik ist ein öffentlicher Raum und jeder Mandats-träger hat Verantwortung und eine Vorbildfunktion. Bei der Besetzung von kommunalen Aufsichtsräten ist daher ebenfalls Vorsicht geboten. Die Präsenz von Rechtsextremen in solchen Positionen erhöht ihre Legitimität und trägt zu einer Normalisierung von menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Positionen bei.

Rechtsextremismus ist eine der größten Herausforderungen für die Demokratie. Auch wegen der anstehenden Landtagswahlen im Herbst 2026 engagieren sich deshalb immer mehr Menschen in Bündnissen und Initiativen. Zukünftig wird es darum gehen, mehr von ihnen für ein kommunales Engagement zu begeistern, mehr Beteiligung zu ermöglichen und so die Selbstwirksamkeit im Gemeinwesen zu stärken, zum Beispiel durch Bürger- und Migrant*innenbeiräte oder Jugendbeteiligungsformate und -gremien. Hier bietet das neue Partizipations- und Integrationsgesetz Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Grundlage. Amts- und Mandatsträger sollten zudem öffentlich Präsenz zeigen und von positiven Gelingensgeschichten aus den Kommunen berichten. Die Sozialen Medien stellen hier ein noch weitgehend ungenutztes Potenzial dar.

Zum Weiterlesen

- +** Bundesverband Mobile Beratung: Engagiert und demokratisch bleiben
- +** Bundesverband Mobile Beratung und Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt: Bedroht zu werden gehört nicht zum Mandat
- +** RAA – Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e.V.: Rechts sitzen lassen?! Zum Umgang mit Rechtsextremen in Kommunalparlamenten, 2. Auflage, 2025 (im Erscheinen)



*Beratungs- und
Unterstützungsangebote*

Ausgewählte Beratungsangebote in Mecklenburg-Vorpommern

Landeskoordinierungsstelle

Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern /
Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz

Jägerweg 2
19053 Schwerin
Ansprechperson: Ute Neumann

Telefon: (0385) 58818963
E-Mail: u.neumann@lpb.mv-regierung.de
Internet: www.lpb-mv.de

Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern

Internet: www.beratungsnetzwerk-mv.de

Das Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern unterstützt Personen, Kommunen, Institutionen wie zum Beispiel Schulen, Organisationen und Betriebe bei der Stärkung von Demokratie und Toleranz und der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Regionalzentren für demokratische Kultur

Regionalzentrum für demokratische Kultur Landkreis und Hansestadt Rostock

Konrad-Zuse-Straße 1a
18184 Roggentin

Telefon: (0381) 4031762
E-Mail: rz.rostock@akademie.nordkirche.de
Internet: www.akademie-nordkirche.de/demokratische-kultur/die-regionalzentren-fuer-demokratische-kultur

Regionalzentrum für demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte

Friedrich-Engels-Ring 48
17033 Neubrandenburg

Telefon: (0395) 5638877
E-Mail: info@cjd-rz.de
Internet: <https://regionalzentrum-mv.cjd.de>

Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald

Leipziger Allee 21
17389 Anklam

Telefon: (03971) 2934912
E-Mail: info-vg@cjd-rz.de
Internet: <https://regionalzentrum-mv.cjd.de>

Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Rügen

Carl-Heydemann-Ring 55
18437 Stralsund

Telefon: (03831) 282584
E-Mail: rz.stralsund@akademie.nordkirche.de
Internet: www.akademie-nordkirche.de/demokratische-kultur/die-regionalzentren-fuer-demokratische-kultur

Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg

Am Packhof 8
19053 Schwerin

Telefon: (0160) 7474032
E-Mail: westmecklenburg@raa-mv.de
Internet: www.demokratie-mv.de

Opfer- und Betroffenenberatung

LOBBI Projektkoordination

Helmut-Just-Straße 4
17036 Neubrandenburg

Telefon: (0395) 4550718
E-Mail: koordination@lobbi-mv.de
Internet: www.lobbi-mv.de

Sicherheitsbehörden

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Retgendorfer Straße 9
19067 Rampe

Telefon: (03866) 640
E-Mail: presse@lka-mv.de
Internet: www.polizei.mvnet.de

Polizeiliche Prävention Hasskriminalität

Helden statt Trolle

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Retgendorfer Straße 9
19067 Rampe
Ansprechperson: Christian Heincke

Telefon: (0381) 46001920
E-Mail: christian.heincke@lka-mv.de
Internet: www.helden-statt-trolle.de

Städte- und Gemeindetag

Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Bertha-von-Suttner-Straße 5
19061 Schwerin
Ansprechperson: Susanne Miosga

Telefon: (0385) 3031222
E-Mail: miosga@stgt-mv.de
Internet: www.stgt-mv.de

Auswahl bundesweiter Unterstützungsangebote

Stark im Amt – Portal für Kommunalpolitik gegen Hass und Gewalt

Internet: www.stark-im-amt.de

Stark im Amt ist eine Kooperation des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes mit dem Initiator und Projektpartner, der Körber-Stiftung.

Starke Stelle – Ihr Kontakt gegen Gewalt im Amt

Internet: www.starkestelle.de und www.stark-im-amt.de/starke-stelle

Die starke Stelle ist eine bundesweite, unabhängige Ansprechstelle für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Sie berät kostenlos und informiert über konkrete Hilfsangebote und Kontakte vor Ort.

Kooperationsverbund Demokratische Konfliktbearbeitung

- Aktion Zivilcourage e.V.
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF)
- Bund für Soziale Verteidigung e.V. (BSV)
- Pro Peace (ehemals forumZFD)
- Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
- Stiftung SPI – Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“
- K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktbearbeitung, Verein zur Förderung der Bildung Salzwedel e.V.

Der Verbund bietet bundesweit kostenfreie Beratungen für Akteure in Konfliktlagen an, etwa für Verwaltungsmitarbeitende, Amtsträgerinnen und Amtsträger sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft. Das K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktbearbeitung übernimmt die Koordinierung des Verbundes. Die Koordinierungsstelle ist Ansprechstelle und Vertretung nach außen.

Internet: <https://k3b-saw.de>

Aktion Zivilcourage e.V.

Lange Straße 43
01796 Pirna
Ansprechperson: Phillip Koller

Telefon: (0176) 13714295
E-Mail: p.koller@aktion-zivilcourage.de
Internet: www.aktion-zivilcourage.de

Angeboten werden Workshops sowie Erst- und Kurzberatungen für zivilgesellschaftliche Akteure und kommunale Verantwortungstragende in Konfliktlagen. Fachliche Schwerpunktthemen der Beratung und Qualifizierung sind unter anderem die Gestaltung und Moderation eskalationsbedrohter Dialogformate sowie die Entwicklung kommunaler Schutzkonzepte.

IMAP GmbH

Cantadorstraße 3
40211 Düsseldorf
Ansprechperson: Dr. Jenni Winterhagen

Telefon: (0211) 513697360
E-Mail: godeffroy@imap-institut.de
Internet: www.imap-institut.de

Das Projekt KommA wurde im September 2025 abgeschlossen. IMAP wird weiter im Themenfeld arbeiten und ist bei Bedarf ansprechbar.

Pro Peace

Am Kölner Brett 8
50825 Köln
Ansprechperson: Hauke Steg (Referent
für Kommunale Konfliktberatung)

Telefon: (0221) 91273267
E-Mail: hauke.steg@propeace.de
Internet: www.propeace.de

Angeboten werden Beratungen und Fortbildungen für kommunale Akteure. Je nach Laufzeit aktueller Förderungen können die konkreten Möglichkeiten variieren. Ein Newsletter mit aktuellen Informationen und Berichten kann unter folgender Adresse abonniert werden: www.propeace.de/de/newsletter-kommune-konflikt

Stiftung SPI

Demokratische Konfliktbearbeitung

Seestraße 67

13347 Berlin

Ansprechpersonen:

Dr. Sarah Meier, Julia Rettig

Telefon: (030) 390634770

E-Mail: demokratische-konfliktbearbeitung@stiftung-spi.de

Internet:

<https://demokratische-konfliktbearbeitung.plattform-spi.de>

Zu den Angeboten gehören unter anderem die Qualifizierung „Konflikte im kommunalen Kontext“, kostenfreie Beratungen für Akteure in Konfliktlagen sowie bedarfsorientierte Workshops.

Starke Demokratie e.V.

Pestalozzistraße 25

22305 Hamburg

Projektleitung Mecklenburg-Vorpommern

Ansprechperson: Nicolas Bahr

Telefon: (0175) 4248746

E-Mail: niba@starkedemokratie.de

Internet: www.starkedemokratie.de

In Mecklenburg-Vorpommern hat Starke Demokratie e.V. seine erste landeseigene Struktur etabliert, um die Kommunalpolitik vor Ort bedarfsgerecht mit präventiven Workshops und mehr zu unterstützen.

Autorinnen und Autoren

Johannes Blatt stammt aus Sachsen-Anhalt. Er hat Politikwissenschaft und Evangelische Theologie studiert und in Politischer Philosophie promoviert. Als Konfliktberater beim Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung und Pro Peace berät er Kommunen im ländlichen, klein- und mittelstädtischen Raum in Ostdeutschland. In seiner eigenen Gemeinde in Brandenburg ist er als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker tätig.

Marika Blunck ist studierte Friedens- und Konfliktforscherin und ausgebildete Mediatorin und Supervisorin. Sie ist seit 2020 im Bereich der Kommunalen Konfliktberatung tätig. Für das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung arbeitet sie an der konzeptionellen Weiterentwicklung des Ansatzes und für Pro Peace ist sie als Beraterin in Kommunen tätig.

Leon Godeffroy ist Senior Consultant bei IMAP. Von der Ausbildung her ist er Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt auf Demokratieforschung. Nach dem Studium arbeitete er zunächst im mobilen Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung der Stiftung SPI, bevor er 2017 Integrationsbeauftragter des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin wurde. Bei IMAP berät er seit 2022 schwerpunktmäßig zu den Themen Demokratie, Diversity-Management und Kulturentwicklung.

Stefan Kollasch ist Politikwissenschaftler und seit 2021 Mobiler Berater beim Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg in Trägerschaft der RAA – Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Phillip Koller ist Politikwissenschaftler und zertifizierter Mediator. Als Projektleiter der Aktion Zivilcourage e.V. im Kooperationsverbund Demokratische Konfliktbearbeitung berät er bundesweit Zivilgesellschaft und Verantwortungstragende in kommunalen Konfliktlagen unter anderem zur Umsetzung öffentlicher Dialogformate, sektorübergreifenden Zusammenarbeit und Entwicklung kommunaler Schutzkonzepte.

Ute Neumann ist seit 2025 Leiterin der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern. Sie hat an der Universität Rostock Politikwissenschaft, Soziologie und Amerikanistik studiert und in der Vergangenheit schwerpunktmäßig im Bereich von EU-Programmen (INTERREG, Europäischer Sozialfonds) gearbeitet.

Elisabeth Pohlgeers ist Sozialarbeiterin, Friedens- und Konfliktforscherin sowie zertifizierte Mediatorin. Von 2021 bis 2024 begleitete sie im Projekt „Kommunales Konfliktmanagement“ Kommunen bei der Konfliktbearbeitung und dem Aufbau von Strukturen. Aktuell ist sie als Projektreferentin der Stiftung SPI im Kooperationsverbund „Demokratische Konfliktbearbeitung“ tätig.

Julia Rettig studierte Germanistik, Philosophie und Politikwissenschaften. Sie arbeitete in den Bereichen Extremismusprävention, urbane Sicherheit und Kriminalprävention mit Städten und Regionen in Europa. Von 2023 bis 2024 koordinierte sie das Projekt „Kommunales Konfliktmanagement“. Derzeit leitet sie das Team der Stiftung SPI im Kooperationsverbund „Demokratische Konfliktbearbeitung“.

Andreas Wellmann ist Jurist und seit 2015 geschäftsführendes Vorstandsmitglied beim Städte- und Gemeindegtag Mecklenburg-Vorpommern. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Bremen. Bevor er 2002 seine Tätigkeit bei der Hansestadt Wismar aufnahm, arbeitete er als Rechtsanwalt in Hannover.

Dr. Jenni Winterhagen leitet das Team Vielfalt bei IMAP. Die promovierte Sozialwissenschaftlerin und systemische Beraterin hat einen Schwerpunkt auf Diversität in der Organisationsentwicklung, wozu sie unter anderem den organisierten Sport, die Kulturstiftung des Bundes, Kommunalverwaltungen und Justizbehörden beraten hat. Sie leitet das Projekt KomMA. Weitere Themenfelder sind datenbasierte Programm- und Organisationssteuerung, Evaluation und Studien.



ISBN 978-3-948624-20-0

Besser streiten: Umgang mit kommunalen Konflikten